

Schwarze Sheriffs sind kein Mittel

Der Verein Postillion setzt lieber auf offene Jugendarbeit

hob. Stefan Lenz ist ein Mann der Praxis. „Wir brauchen nicht ständig neue Modelle der Prävention“, sagt der Vorsitzende des Vereins Postillion. Funktionierende Schulen und Jugendhäuser seien viel wichtiger, um die Jugendlichen davon abzuhalten, straffällig zu werden.

Ein Kernproblem ist für Lenz, dass scheinbar herumlungernde Jugendliche, die sich einfach auf der Straße treffen, von unserer Gesellschaft nicht mehr akzeptiert werden. Als der Postillion-Geschäftsführer mitbekam, dass in Eppelheim private Sicherheitsdienste – so genannte „Schwarze Sheriffs“ – engagiert werden sollten, um die Jugendlichen und den von ihnen verursachten Lärm und Müll in den Griff zu bekommen, platzte ihm der Kragen. Auf seinen Vorschlag hin wurde stattdessen das „mobile Krisenteam“ ins Leben gerufen: Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit waren fortan jeden Freitag und Samstag von 21 bis 2 Uhr im Einsatz. Die Anwohner konnten in deren Zentrale anrufen und mussten nicht lange warten, denn das Krisenteam rückte sofort aus.



Stefan Lenz Foto: vaf

Die erfahrenen Sozialpädagogen und Sozialarbeiter wurden von den Jugendlichen gut akzeptiert. Es gelang, sie für die berechtigten Interessen der Anwohner und die Müllproblematik zu sensibilisieren. Der Erfolg gab Lenz recht. Bei der wissenschaftlichen Evaluation stellte sich heraus, dass das Programm gut von den Jugendlichen angenommen wurde, sie akzeptierten auf einmal die Rechtsnormen. Und so sank auch die Kriminalitätsfurcht unter den Anwohnern.

Ein weiterer Ansatz von Postillion ist es, Hausmeister, Mitarbeiter von Ordnungsdiensten und Bademeister im Umgang mit Jugendlichen zu schulen. Dabei geht es um Strategien der Deeskalation, ohne den Konflikt mit den Jugendlichen zu verschärfen. Lenz: „Inzwischen ist jeder zweite dieser Mitarbeiter im Rhein-Neckar-Kreis geschult.“

„Herkunft war nie ein Problem“

Zwei Polizisten berichten

hob. Ständig ist von Integration, Anpassungsdruck und Diskriminierungen die Rede. Doch welche Erfahrungen machen Menschen mit Migrationshintergrund? Um das zu erfahren, hatten die Organisatoren zwei Polizisten und eine Rechtsanwältin türkischer Herkunft zur Fachtagung eingeladen.

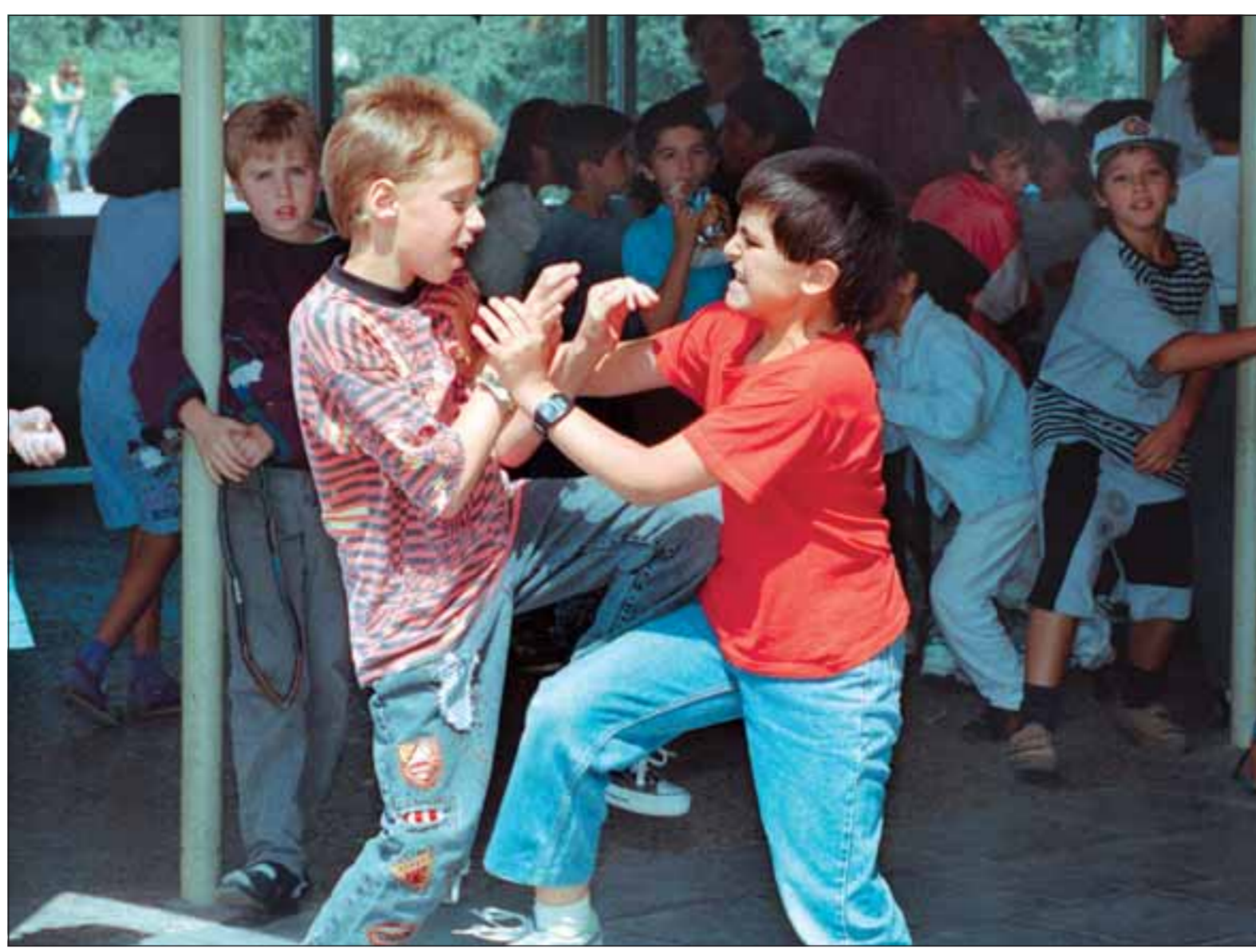


> **Aylin Gecizi** hatte nie Probleme. „Es war für mich nie ein Thema, dass ich mich als Ausländerin gefühlt hätte.“ Nicht nur als Polizistin habe sie nur positive Erlebnisse gehabt. Von ihrem Elternhaus seien ihr auch nie Steine in den Weg gelegt worden: „Die wollten nur, dass ich glücklich bin. Mein Vorteil war auch, dass man mir den türkischen Hintergrund nicht gleich auf den ersten Blick ansieht.“



> **Murat Can** war schon als Grundschüler immer Gast in deutschen Familien. „Bei uns in Eberbach lief das optimal.“ Sein Vater habe stets darauf geachtet, dass er immer Hochdeutsch rede. Und auch bei seiner Arbeit als Polizist rede er nur Türkisch, wenn es gar nicht anders ginge und sein Gegenüber kein Deutsch könne.

> **Safak Sophie Ott** hat da ganz andere Erfahrungen gemacht. „Meine Eltern schienen immer sehr integriert“, berichtet die Rechtsanwältin: „Die Probleme tauchten erst auf, als ich Interesse am anderen Geschlecht zeigte.“ Ein ganzes Jahr lang musste Ott die Beziehung zu ihrem heutigen deutschen Mann verheimlichen. „Mit 18 bin ich ausgezogen, denn meine Eltern haben ständig mit mir über Ehre diskutiert.“ Erst als sie ihr Studium abgeschlossen hatte, habe ihr Vater einen Versöhnungsversuch gestartet. Ott: „Und heute haben meine Eltern Enkel und sind sehr stolz auf ihre Tochter, die Rechtsanwältin.“ Fotos: vaf



Polizei sucht Wege aus der Gewaltspirale

Die Kriminalität insgesamt nimmt ab, doch die Jugendgewalt steigt. Diese Erkenntnis ergibt sich aus dem Jahresbericht zur Sicherheitslage. Doch wenn es um Erklärungsversuche geht, sind Innenminister wie Polizeichefs ratlos. Und so traf das Thema der diesjährigen Fachtagung der Polizeidirektion Heidelberg wieder den Nerv. Einen Tag lang diskutierten Sozialarbeiter, Lehrer, Erzieher und Polizisten mit Experten aus Wissenschaft und Praxis zum Thema „Soziale Integration junger Menschen – zwischen Wunsch und Wirklichkeit“. Die wichtigsten Thesen der Referenten sind auf dieser Seite zusammengestellt. Wann ist Kriminalprävention sinnvoll? Wie kann die Integration junger Menschen gelingen? Das waren die zentralen Fragen, denen die Experten nachgingen. Daneben berichteten Praktiker aus der offenen Jugendarbeit, der Familienhilfe, aber auch Polizisten von ihren Erfahrungen. Dabei wurde vor allem eines klar: In ihren Zielen sind sich alle einig, doch über den richtigen Weg lässt sich trefflich streiten. hob/Foto: dpa

Mitternachtsbasketball bringt nicht viel

Sinnvolle Kriminalprävention muss die ganze Schule mit einbeziehen, meint Britta Bannenberg – Vorbild ist ein Norweger

Von Holger Buchwald

Mitternachtsbasketball, Segeltörns und Theaterstücke – unter dem Deckmantel der Kriminalprävention werden viele Projekte für Kinder und Jugendliche angeboten. Doch für Britta Bannenberg, Präsidentin der Kriminologischen Gesellschaft, ist deren Wirksamkeit nicht bewiesen. Die Professorin aus Gießen vertritt die Theorie, dass sich das viele Geld und die Energie, die dort hineingepumpt werden, sinnvoller einsetzen lassen.

Die Gesamtkriminalität nimmt langsam ab, doch die Kurve der Gewalt unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt in den letzten Jahren steil nach oben. Kriminalprävention könne hier durchaus etwas bewirken, meint Bannenberg. Doch sie spricht sich vehement gegen das Prinzip Gießkanne aus. „Wir müssen Lehren aus der Wissenschaft ziehen“, fordert die Professorin. Bei Lehrern wie Sozialarbeitern herrsche nach wie vor Unkenntnis, wie wirksame Präventionsarbeit funktionieren könne.

Das Kernproblem liegt für Bannenberg bei den jugendlichen Intensivtätern. „Nur fünf bis zehn Prozent aller Täter



Britta Bannenberg, Präsidentin der Kriminologischen Gesellschaft. Foto: Burkhardt

entwickeln sich in der Kindheit. Schon im Grundschulalter weisen die künftigen Täter erhebliche Auffälligkeiten auf“, warnt die Kriminologin. Hier dürfe man von punktuellen Maßnahmen nicht zu viel erwarten. Viel erfolgversprechender seien hingegen Projekte, die die ganze

Schule oder den Kindergarten mit einbeziehen. „Wir müssen früh in der Kindheit ansetzen“, fordert Bannenberg und wünscht sich die flächendeckende Einführung des Olweus-Programms, benannt nach dem Norweger Dan Olweus. Dieses Projekt richtet sich an die gesamte Schule – Mobbing und Gewalt unter den Schülern werden nicht toleriert. Stattdessen wird konsequent und sofort dagegen vorgegangen. Doch statt in erster Linie auf die Täter abzu zielen und sie besonders hart zu bestrafen, werden die Opfer in den Mittelpunkt des Programms gerückt. Und so lernen diejenigen, die anderswo zu Mittätern oder Mitläufern werden, sich auf die Seite der Opfer zu stellen. Bannenberg: „Wo das praktiziert wird, ändert sich das Schulklima innerhalb von wenigen Wochen.“

Abschreckung funktioniert nicht und hat eher negative Effekte, glaubt die Professorin. Bannenberg spricht sich auch gegen offene Jugendtreffs aus, in denen jede soziale und kompetente Kontrolle fehle. Gruppenaktivitäten für besonders auffällige Jugendliche wie Zeltlager, Segeltörns und anderes erzeugten nur „Ansteckungseffekte“. Sprich, was die Jungs –

und um diese handelt es sich meist – noch nicht auf dem „Kasten“ haben, lernen sie von ihren Altersgenossen.

Der Erfolg von Olweus sei dagegen wissenschaftlich erwiesen, betont Bannenberg. Das Programm wird in Skandinavien flächendeckend praktiziert. In Deutschland hingegen werde es sehr schleppend umgesetzt. In Schleswig-Holstein lehnte das Kultusministerium die Einführung ab. Nur in Nordrhein-Westfalen wurde es bereits mit Erfolg eingeführt. Und nach dem Amoklauf von Winnenden wird auch in Baden-Württemberg das Programm „Herausforderung Gewalt“ wieder aus der Schublade geholt, in dem auch sehr viel von Olweus steckt. Bannenberg meint dazu: „Wenn ein Amokläufer töten will, hält ihn nichts mehr auf.“ Doch ein Olweus-Programm hätte vielleicht viele Mitschüler so sensibilisiert, dass sie gemerkt hätten, dass mit Tim K. etwas nicht stimmt – und Alarm geschlagen hätten.

Info: Britta Bannenberg/Dieter Rössner: Erfolgreich gegen Gewalt in Kindergärten und Schulen, Verlag C.H. Beck, 199 S., 12,90 Euro.

Bildung ist die beste Integration: „Abitur schützt vor Gefängnis“

Der Pädagoge Albert Scherr fordert von der Gesellschaft, endlich mit ihren Vorurteilen aufzuräumen

Von Holger Buchwald

Zugang zu Bildung und Chancengleichheit im Beruf sind für Albert Scherr die Grundvoraussetzungen für eine gelungene soziale Integration. Dabei räumt der Professor an der Pädagogischen Hochschule Freiburg auch gleich noch mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen auf. „Migranten werden nicht häufiger straffällig als Deutsche“, sagt Scherr. Und: „Sie haben durchaus den Willen, sich zu integrieren, wenn man sie denn lässt.“

Scherr macht keinen Hehl daraus, dass ihm die Einladung zur Fachtagung der Polizeidirektion Heidelberg so überhaupt nicht schmeckte. Er stört sich besonders an dem Begriff „Parallelgesellschaft“: „So etwas gibt es in Deutschland nicht. Selbst Kreuzberg ist ethnisch viel durchmischer als die Chinatowns in den USA.“ Auch die Bezeichnung „Fremder“ ist für Scherr ein Riesenproblem: „Die Migranten sind doch häufig hier geboren. Und die Mehrzahl hat durchaus gelernt, sich hier zurechtzufinden.“

Das Scheitern der Integration liegt für Scherr also vor allem am Bildungssystem: „Die Schulen bewerten Fähigkeiten, die man dort gar nicht erlernt.“ Dabei gehe es vor allem um die sprachliche Kompetenz. Scherr: „Dies müsste die Kernaufgabe der Schulen sein.“ Außerdem sei es ein gravierender Fehler, die Kinder bereits nach dem vierten Schuljahr voneinander zu trennen. Das sei viel zu früh.



Albert Scherr ist Soziologe an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Foto: vaf

Zu diesem Zeitpunkt entscheide die soziale Herkunft mehr als alles andere über die schulischen Leistungen. Am liebsten wäre dem Soziologen demnach die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem: „Das Modell Hauptschule redet den Schülern doch ein: Ihr seid die Verlierer der Gesellschaft.“ Die Debatten um die Kriminalprävention und die Reform des Bildungssystems müssten dringend miteinander verknüpft werden. „Abitur schützt meist vor Gefängnis.“

Die Menschen seien keine „Gefangenen ihrer Kultur“, meint Scherr. Das

Scheitern der Integration führe doch erst dazu, dass die Migranten ihre eigene soziale Herkunft entdecken. „Die Türken der ersten Generation hatten den Islam nicht im Gepäck. Den haben sie erst später entdeckt.“ Und die Gruppe mit den meisten Schulabrechern seien zur Überraschung vieler die Italiener.

Jede Institution und jede Organisation sollte bei sich selbst anfangen, um soziale Benachteiligungen zu beenden. Vergeblich sucht der Soziologe Projekte, in denen sich die Verantwortlichen bei den Gerichten, in den pädagogischen Einrichtungen oder der Polizei mit ihren Vorurteilen auseinandersetzen können. Scherr: „Die Karriere von Migranten muss gezielt gefördert werden.“

Es gebe an den Schulen auch Diskriminierung in „wohlmeinender Absicht“, weiß Scherr. Wie oft bekämen Migranten zu hören: „Überfordere dich nicht, deine Mutter ist nur Putzfrau, geh lieber auf die Hauptschule.“ Die Lehrer müssten lernen, an alle Bevölkerungsgruppen gleich große Erwartungen zu knüpfen.

„Gewaltfreiheit an der Schule braucht eine Atmosphäre des Vertrauens“, fordert Scherr. „Die Lehrer müssen glaubhaft vermitteln, dass sie auch benachteiligten Migranten vertrauen.“ Und die Gesellschaft müsse endlich weg von der Illusion, dass es keine Benachteiligung, keine Vorurteile und keine Diskriminierung gebe. Erst dann könne Integration funktionieren.

Politik der kleinen Schritte

Die AGFJ bietet Familienhilfe



Beatrix Kowalski F: vaf

hob. Beatrix Kowalski ist Leiterin der Regionalgruppe der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (AGFJ). Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Integration von Kindern und Jugendlichen, die in sozial benachteiligten Familien leben. Sie versucht, das Vertrauen der Familien zu gewinnen und gegen Verwahrlosung sowie Abschottung anzukämpfen.

„Wir betreuen in Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis insgesamt 73 Familien“, erzählt Kowalski, „und nur acht davon haben einen Migrationshintergrund.“ Ein Großteil der AGFJ-Klientel sei hingegen alleinerziehend und ohne Ausbildung, 42 seien Hartz-IV-Familien. Zwei bis drei Jahre lang betreuen Kowalski und ihre Mitarbeiterinnen die Familien, sie versuchen, sie langsam für die Angebote der Gemeinschaft zu öffnen, begleiten sie bei Ämtergängen – und halten sich dabei doch immer so weit wie möglich im Hintergrund. Die Betreuer brauchen vor allem eines: viel Geduld. Kowalski: „Wir müssen dauernd gegen das mangelnde Selbstbewusstsein in den Familien ankämpfen.“ Man dürfe die Klientel auf keinen Fall überfordern. „Sonst machen wir ihnen Angst.“